

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abbildungsverzeichnis.....	18
Abkürzungsverzeichnis.....	22

TEIL A: THEORETISCHE GRUNDLAGEN

1. Problemstellung	31
1.1 Ein zum Scheitern verurteilter Versuch	31
1.2 Wider überzogene Vorstellungen über Jahresabschlussaufgaben	34
2. Die Ausschüttungsbemessungs- oder Kompetenzabgrenzungsfunktion des handelsrechtlichen Jahresabschlusses.....	39
2.1 Kompetenzabgrenzung zwischen Eignern und Managern	39
2.1.1 Grundlagen.....	39
2.1.2 Zur Notwendigkeit der Kompetenzabgrenzung.....	40
2.1.3 Die Verwendungskompetenz über die verfügbaren Mittel als zentraler Bestandteil der Kompetenzabgrenzung	40
2.1.4 Nachprüfbare Ermittlung des der Kompetenz der Eigner unterliegenden Betrags als Anforderung an eine Rechnung zur Kompetenzabgrenzung.....	41
2.1.5 Urbildspielräume und Abbildungsspielräume als potenzielle „Löcher“ der Nachprüfbarkeit.....	41
2.1.6 Der Jahresabschluss als Grundlage der Kompetenzabgrenzung zwischen Eignern und Managern	42
2.1.6.1 Eingeengte Spielräume speziell aufgrund von Anschaffungskosten und des Realisationsprinzips	42
2.1.6.2 Erfolgsabhängiger Anspruch der Eigner	44
2.1.6.3 Grenzen einer Politik der Einschränkung von Spielräumen	44
2.1.7 Grenzen der Ausschüttungsbemessung im Rahmen der Kompetenzabgrenzung von Eignern und Managern	45
2.2 Kompetenzabgrenzung zwischen Eignern und Gläubigern	46
2.2.1 Der Eigner-Gläubiger-Konflikt	46
2.2.2 Beschränkung der Handlungsspielräume der Eigner und Manager als Grundlage der Kreditgewährung	47
2.2.3 Ausschüttungsverzicht der Eigner bis zur Befriedigung aller Gläubiger: keine Lösung	48
2.2.4 Anforderungen an Ausschüttungsansprüche der Eigner aus der Sicht des Eigner-Gläubiger-Konflikts.....	49
2.2.4.1 Nachprüfbarkeit	49

2.2.4.2	Erfolgsabhängigkeit	49
2.2.4.3	Vorsicht	50
2.2.4.4	Probleme aus den Anforderungen	50
2.2.5	Der Jahresabschluss als Grundlage der Kompetenzabgrenzung zwischen Eignern und Gläubigern	51
2.2.5.1	Basisurteil	51
2.2.5.2	Zur Notwendigkeit und Problematik des Niederstwertprinzips	51
2.2.5.3	Zur Problematik der Definition von Vermögensgegenständen	52
2.2.5.4	Zur Problematik der Rückstellungsermittlung	53
2.2.6	Grenzen der Ausschüttungsbemessung durch traditionelle Jahresabschlüsse aus der Sicht des Eigner-Gläubiger-Konflikts	54
3.	Die Informationsfunktion des handelsrechtlichen Jahresabschlusses	56
3.1	Information aus entscheidungslogischer Sicht: ein Beispiel	56
3.1.1	Die Entscheidung des Gläubigers bei gegebener Information	56
3.1.2	Das veränderte Entscheidungsproblem bei zusätzlicher Information	57
3.1.3	Zur Rolle der Informationen im Entscheidungsmodell	60
3.2	Information aus praktischer Sicht: zahlreiche Probleme	62
3.2.1	Vereinfachungen des entscheidungslogischen Beispiels	62
3.2.2	Vielfalt der Entscheidungsprobleme	63
3.2.3	Subjektive Ausgangserwartungen	64
3.2.4	Subjektive Interpretation der Zusatzinformationen	65
3.2.5	Informationen auf dem Markt	66
3.3	Überlegungen zu den von Unternehmen offenzulegenden Informationen	67
3.3.1	Möglichst umfassende Information vs. Geheimhaltung	67
3.3.2	Vertrauen in die Informationsbereitschaft der Unternehmensleitung vs. möglichst wahlrechtsfreier Informationszwang	68
3.3.3	Der Gewinn als Zentralgröße unternehmerischer Information	71
4.	Die Zukunft des Jahresabschlusses nach HGB angesichts neuer Trends bei der Regulierung der Rechnungslegung und der IFRS-Strategien der EU	78
4.1	Die Suche nach der besten Regulierung der Rechnungslegung als Problem	78
4.2	Überblick über das, was bei der Regulierung der Rechnungslegung zurzeit „in“ und „out“ ist	79
4.2.1	Vertrauen vs. Misstrauen in die Kaufmannspraxis	80
4.2.2	Private Lösung eines Sachproblems vs. obrigkeitliche Interessenregelung	80
4.2.3	Fachmännisches Ermessen vs. kommentierende Rechtsauslegung	81

4.2.4	Absolute Priorität der Information des Kapitalmarkts vs. relative Priorität der Ausschüttungsbemessung zum Zwecke des Gläubigerschutzes	82
4.3	Der Kampf um die „world standards of accounting“	83
4.3.1	Rechnungslegung nach US-GAAP als Zugangsvoraussetzung zu den leistungsfähigen US-Kapitalmärkten	84
4.3.2	International Financial Reporting Standards (IFRS) als Kern der Gegenstrategie der Europäischen Kommission	85
4.3.3	Übernahme der IFRS als europäisches Recht mit differenzierten Verbindlichkeiten	86
4.3.4	Modernisierung der Rechnungslegungsrichtlinien	88
4.4	Zur Umsetzung der EU-Doppelstrategie in deutsches Recht	90
4.4.1	Umsetzung der Möglichkeiten zur unmittelbaren Rechnungslegung nach IFRS	90
4.4.2	Umsetzung der wiederholt reformierten EU-Richtlinien durch BilMoG und BilRUG	92
4.4.3	Konsequenzen für die Zukunft des Jahresabschlusses nach GoB und HGB	93

TEIL B: PRAKTISCHE GRUNDLAGEN

Vorbemerkungen	98
1. Buchhaltung, Inventar und Jahresabschluss	102
1.1 Einleitung	102
1.2 Grundzüge handelsrechtlicher Buchführungsvorschriften	103
1.3 Grundzüge handelsrechtlicher Inventurvorschriften	109
1.4 Ableitung des Jahresabschlusses aus Buchhaltung und Inventar	114
1.5 Kriterien für die Differenzierung des Jahresabschlusses	117
1.6 Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses	121
1.7 Erleichterungen für Kleinstkapitalgesellschaften	131
1.8 Feststellung des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften	132
2. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)	138
2.1 Zum Charakter der GoB	138
2.2 Zu Zweck und Ermittlung der GoB	140
2.3 Inhalte der wichtigsten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	142
2.3.1 Rahmengrundsätze	142
2.3.1.1 Grundsatz der Richtigkeit und Willkürfreiheit	142
2.3.1.2 Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit	143
2.3.1.3 Grundsatz der Vollständigkeit	143
2.3.1.4 Grundsatz der Einzelbewertung	145
2.3.2 Abgrenzungsgrundsätze	147
2.3.2.1 Realisationsprinzip	147
2.3.2.2 Abgrenzung nach der Sache und nach der Zeit	149

2.3.2.3	Imparitätsprinzip	150
2.3.2.4	Grundsatz, wonach Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen sind	152
2.3.3	Ergänzende Grundsätze	152
2.3.3.1	Kontinuität	152
2.3.3.2	Grundsatz der Vorsicht	154
2.3.3.3	Grundsatz der Unternehmensfortführung („Going-Concern-Prinzip“)	155
2.3.3.4	Grundsatz der Wesentlichkeit („materiality“)	156
2.3.4	Dokumentationsgrundsätze.....	157
2.3.4.1	Belegprinzip	157
2.3.4.2	Grundsatz des systematischen Aufbaus	157
2.3.4.3	Grundsatz der Sicherung der Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens durch ein angemessenes internes Kontrollsystem	157
2.3.4.4	Grundsatz der verständlichen Aufzeichnung.....	157
3.	Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	161
3.1	Überblick über das Verhältnis handels- und steuerrechtlicher Rechnungslegung	161
3.2	Die Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen GoB (materielle Maßgeblichkeit).....	163
3.3	Die Maßgeblichkeit konkret in der Handelsbilanz gewählter, GoB-konformer Werte für die Steuerbilanz (formelle Maßgeblichkeit)	171
3.4	Die Aufhebung der umgekehrten Maßgeblichkeit – Rechtslage und Probleme	174
4.	Die handelsrechtlichen Vorschriften zum Bilanzansatz (Bilanzierung dem Grunde nach).....	179
4.1	Einleitung	179
4.2	Dimensionen des Ansatzproblems	180
4.3	Vermögensgegenstände und Schulden nach Handelsrecht.....	183
4.3.1	Definition der Vermögensgegenstände.....	183
4.3.2	Definition der Schulden	189
4.4	Die handelsrechtliche Kasuistik zu den Aktiva und Passiva der Handelsbilanz.....	194
4.4.1	Ausnahmen vom Vollständigkeitsgebot bei Vermögensgegenständen.....	194
4.4.2	Handelsrechtliche Aktiva zusätzlich zum traditionellen Kern des Vermögens	200
4.4.2.1	Ausnahmetatbestände bei den Vermögensgegenständen.	200

4.4.2.2	Aktive latente Steuern als Sonderposten eigener Art.....	210
4.4.2.3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	216
4.4.2.4	Korrekturposten zu Passivpositionen.....	217
4.4.3	Ausschüttungssperre	224
4.4.4	Schulden und andere Passiva in der Handelsbilanz	229
4.4.4.1	Einleitung.....	229
4.4.4.2	Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten	231
4.4.4.3	Rückstellungen	232
4.4.4.4	Passive latente Steuern als Sonderposten eigener Art	238
4.4.4.5	Eigenkapital	243
4.5	Übersicht über die handelsrechtlichen Ansatzvorschriften	244
4.6	Wirtschaftliches Eigentum.....	249
4.6.1	Grundsatz	249
4.6.2	Kommissionsgeschäfte (§§ 383 ff. HGB)	250
4.6.3	Sicherungsübereignung, Sicherungszession und Eigentumsvorbehalt.....	250
4.6.4	Pensionsgeschäfte	250
4.6.5	Treuhandverhältnisse	252
4.6.6	Finanzierungs-Leasing.....	253
4.7	Zur Abgrenzung zwischen Betriebs- und Privatvermögen	259
5.	Die handelsrechtlichen Vorschriften zur Bilanzgliederung (Bilanzierung der Stelle nach).....	262
5.1	Einleitung	262
5.2	Gestaltungskriterien	265
5.3	Vervollständigung des Bilanzgliederungsschemas.....	266
5.4	Erläuterung der Positionen der Aktivseite.....	271
5.4.1	Anlagevermögen vs. Umlaufvermögen.....	271
5.4.2	Erläuterungen der Positionen des Anlagevermögens	272
5.4.3	Erläuterungen der Positionen des Umlaufvermögens.....	276
5.4.4	Erläuterungen der übrigen Positionen der Aktivseite	280
5.5	Erläuterung der Positionen der Passivseite.....	281
5.5.1	Erläuterungen der Positionen des Eigenkapitals	281
5.5.2	Erläuterungen der Schuldpositionen.....	289
5.5.3	Erläuterungen der übrigen Positionen der Passivseite.....	292
5.6	Erläuterung der Haftungsverhältnisse unter der Bilanz	294
6.	Die handelsrechtlichen Vorschriften zur bilanziellen Bewertung (Bilanzierung der Höhe nach).....	298
6.1	Grundlegende handelsrechtliche Bewertungsregeln.....	298
6.2	Primäre Wertansätze.....	303
6.2.1	Einleitung.....	303

6.2.2	Anschaffungskosten	303
6.2.3	Herstellungskosten.....	306
6.2.4	Erfüllungsbetrag	315
6.2.5	Nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendiger Erfüllungsbetrag.....	316
6.2.6	Nennbetrag.....	317
6.3	Sekundäre Wertansätze.....	321
6.3.1	Einleitung.....	321
6.3.2	Konkrete Wertansätze im Rahmen der imparitätischen Bewertung zur Durchsetzung des Niederstwertprinzips.....	322
6.3.2.1	Der sich aus dem Börsenpreis ergebende niedrigere Wert.....	322
6.3.2.2	Der sich aus dem Marktpreis ergebende niedrigere Wert.....	323
6.3.2.3	Der am Abschlussstichtag beizulegende niedrigere Wert.....	323
6.3.3	Die für die verschiedenen Vermögensgegenstände im Rahmen des Niederstwertprinzips relevanten Märkte.....	325
6.3.4	Unterscheidung zwischen einer voraussichtlich dauernden und einer voraussichtlich vorübergehenden Wertminderung	326
6.3.5	Zuschreibungsvorschriften	328
6.3.6	Sekundärbewertung im Rahmen der paritätischen Zeitbewertung nach HGB	330
6.4	Ausnahmen vom Grundsatz der Einzelbewertung.....	333
6.4.1	Einleitung.....	333
6.4.2	Durchschnittsbewertung und Gruppenbewertung.....	333
6.4.3	Die Bewertung mit Hilfe von Verbrauchsfolgeverfahren	336
6.4.3.1	Grundlagen.....	336
6.4.3.2	Periodenbezogenes LIFO	336
6.4.3.3	Permanentes LIFO.....	337
6.4.3.4	FIFO	337
6.4.3.5	Sonstige Verbrauchsfolgeverfahren	338
6.4.3.6	Steuerrechtliche Beurteilung und Niederstwertprinzip	338
6.4.4	Der Ansatz von Festwerten	339
6.4.5	Sammelbewertung bei Rückstellungen.....	340
6.4.6	Pauschale Abschreibungen auf Forderungen.....	341
6.4.7	Bildung von Bewertungseinheiten.....	342
6.5	Planmäßige Abschreibungen.....	347
6.5.1	Einleitung.....	347
6.5.2	Der abzuschreibende Betrag	348
6.5.3	Nutzungsdauer bzw. Gesamtleistungspotential	349
6.5.4	Abschreibungsverfahren.....	350
6.5.4.1	Einleitung.....	350

6.5.4.2	Lineare Abschreibung	352
6.5.4.3	Buchwertabschreibung (geometrisch-degressive Abschreibung).....	353
6.5.4.4	Digitale Abschreibung (Sonderform der arithmetisch-degressiven Abschreibung)	355
6.5.4.5	Progressive Abschreibung	357
6.5.4.6	Leistungsbedingte Abschreibung.....	357
6.5.4.7	Kombinierte Abschreibungsverfahren	358
6.5.4.8	Sofortabschreibung und Poolabschreibung	361
6.5.5	Abschreibung im ersten Nutzungsjahr	364
6.5.6	Änderungen der planmäßigen Abschreibungen sowie Beziehungen zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen ...	365
6.6	Einzelfragen der Bewertung	370
6.6.1	Beteiligungen an Personenhandelsgesellschaften	370
6.6.2	Ausleihungen und Forderungen	371
6.6.3	Sorten	378
6.6.4	Pensionsrückstellungen.....	379
6.6.5	Leasing	390
6.6.6	Latente Steuern	392
6.6.6.1	Konzept	392
6.6.6.2	Relevante Typen von Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz	394
6.6.6.3	Konkrete Anlässe	398
6.6.6.4	Ermittlung und Bewertung	403
6.6.6.5	Ausweis	404
7.	Die handelsrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung.....	409
7.1	Grundlagen.....	409
7.2	Die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung und Offenlegung der Gewinn- und Verlustrechnung	410
7.3	Grundzüge der Gliederungsschemata des § 275 HGB und das Wahlrecht zwischen Gesamtkosten- und Umsatzkostenverfahren	411
7.3.1	Staffelform und Teilergebnisse	411
7.3.2	Wahlrecht zwischen Gesamtkosten- und Umsatzkostenverfahren.....	412
7.3.3	Unvollständigkeiten und Gestaltungsfreiheiten bei den Gliederungsschemata.....	414
7.4	Erläuterung der GuV-Positionen beim Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB.....	418
7.4.1	Umsatzerlöse	418
7.4.2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	419
7.4.3	Andere aktivierte Eigenleistungen	419
7.4.4	Sonstige betriebliche Erträge	420

7.4.5	Materialaufwand	421
7.4.6	Personalaufwand.....	422
7.4.7	Abschreibungen	423
7.4.8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	424
7.4.9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen .	425
7.4.10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen...	425
7.4.11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen.....	425
7.4.12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	426
7.4.13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen.....	426
7.4.14	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	427
7.4.15	Ergebnis nach Steuern.....	428
7.4.16	Sonstige Steuern.....	428
7.4.17	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	428
7.5	Erläuterung der spezifischen GuV-Positionen beim Umsatzkostenverfahren gem. § 275 Abs. 3 HGB	430
7.5.1	Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen (Posten 2).....	430
7.5.2	Vertriebskosten (Posten 4)	435
7.5.3	Allgemeine Verwaltungskosten (Posten 5).....	435
7.5.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen (Posten 7).....	436
7.5.5	Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (Posten 12) sowie sonstige Steuern (Posten 15).....	437
7.5.6	Beispiel zur unterschiedlichen Behandlung im Gesamtkosten- und Umsatzkostenverfahren.....	438
7.6	Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung für Kleinstkapitalgesellschaften ...	441
7.7	Die Darstellung der Ergebnisverwendung	442
8.	Der Anhang.....	450
8.1	Aufgaben und Bedeutung des Anhangs.....	450
8.2	Gestaltung des Anhangs.....	454
8.3	Berichtspflichten im Anhang.....	455
8.3.1	Einleitung.....	455
8.3.2	Erläuterungen zu bedeutenden Berichtspflichten im Anhang	456
8.3.2.1	Angabe der auf die Posten der Bilanz und der GuV angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 284 Abs. 2 Nr. 1 HGB)	456

8.3.2.2	Angabe und Begründung der Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie gesonderte Darstellung des Einflusses auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 284 Abs. 2 Nr. 2 HGB)	457
8.3.2.3	Bei Vorliegen besonderer Umstände zusätzliche Angaben zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 264 Abs. 2 Satz 2 HGB)	458
8.3.2.4	Angabe der Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens (Anlagengitter) (§ 284 Abs. 3 HGB)	459
8.3.2.5	Angabe der sonstigen finanziellen Verpflichtungen (§ 285 Nr. 3a HGB)	464
8.3.2.6	Angaben zu Restlaufzeit und Sicherheiten bei Verbindlichkeiten (§ 285 Nr. 1 und 2 HGB)	465
8.3.2.7	Angaben zu außergewöhnlichen Erträgen und Aufwendungen (§ 285 Nr. 31 HGB)	468
8.3.2.8	Angaben zu Vorgängen von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§ 285 Nr. 33 HGB)	469
8.3.3	Übersicht über die Berichtspflichten im Anhang	469
8.4	Ausnahmen von den Berichtspflichten im Anhang	485
9.	Der Lagebericht	489
9.1	Aufgabe und Bedeutung des Lageberichts	489
9.2	Gestaltung des Lageberichts	491
9.3	Berichtspflichten im Lagebericht	493
9.3.1	Einleitung	493
9.3.2	Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage sowie Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung nach § 289 Abs. 1 HGB	495
9.3.3	Zusatzangaben nach § 289 Abs. 2 HGB	499
9.3.4	Umwelt- und Sozialbericht nach § 289 Abs. 3 HGB	500
9.3.5	Darstellung der wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess nach § 289 Abs. 4 HGB	501
9.3.6	Ergänzende Vorgaben für bestimmte AG und KGaA nach § 289a HGB	502
9.3.7	Nichtfinanzielle Erklärung nach §§ 289b bis 289e HGB	504
9.3.8	Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB	506
	Literaturverzeichnis	510
	Stichwortverzeichnis	523